

WARUM LÖHNE AUSEINANDER DRIFTEN

Gerechtere Lohnerhöhungen

„Die Reichen werden reicher – die Armen ärmer“. Dieser Spruch gilt leider auch bei Löhnen und Gehältern: Die Schere klafft immer weiter auseinander. Schuld daran ist die Praxis, Löhne prozentuell zu erhöhen.

Laut Erhebungen des Wirtschaftsforschungsinstituts lag das reale monatliche Nettoeinkommen der Österreicherinnen und Österreicher mit 1.516,96 Euro im Vorjahr unter dem Niveau von 1991. Angesichts dieser schockierenden Tatsache sind die Forderungen nach kräftigeren Lohnerhöhungen mehr als gerechtfertigt.

Doch besonders Bezieher/innen niedrigerer Einkommen drohen angesichts dieser Entwicklung in die Armut abzurutschen. Denn während die Preissteigerungen zur Deckung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wohnen und Energie enorm sind, sind gerade Niedrigverdiener und -verdienerinnen bei prozentuellen Lohnerhöhungen im Nachteil.

Warum das so ist, zeigt das folgende Beispiel: Herr Führungspersonal verdient 10.000 Euro monatlich, Frau Minilohn 1.000 Euro. Bei einer Erhöhung der Bezüge um 2 % bekommt Herr Führungs-

personal um 200 Euro mehr, während Frau Minilohn die Erhöhung um 20 Euro kaum wahrnimmt.

Ein Jahr später wiederholt sich das Spiel. Aus 10.200,- werden nun 10.404 Euro, aus 1.020 Euro werden 1.040,40. Innerhalb von nur zwei Jahren vergrößert sich die echte Einkommensdifferenz zwischen unseren beiden Einkommensbezieher/innen bereits um 363,60 Euro!

So kommt es, dass die Bezieher höherer Einkommen bei jeder prozentuellen Lohnerhöhung wesentlich mehr profitieren, Niedrigverdiener kommen aus ihrer Misere hingegen nie heraus. Sogenannte „Einmalzahlungen“ sind aber keine Lösung, wenn die Basis für Berechnung in den Folgejahren niedrig bleibt.

Die KPÖ fordert daher neben Lohnerhöhungen, die die gestiegenen Lebenshaltungskosten wirklich abdecken, garantierte Sockelbeträge für alle Lohn-Bezieherinnen und Bezieher.

BEISPIEL: EINKOMMENSENTWICKLUNG IM 10-JAHRES-VERGLEICH

Jahr	Einkommen jährlich bei 14maliger Auszahlung, Ausgangsbasis monatlich:		Differenz aus Lohn-(Gehalts)steigerung absolut
	1.000,00	4.000,00	
1996	14.000,00	56.000,00	
1998	14.567,10	58.268,30	1.701,2
2000	15.236,40	60.945,60	3.709,20
2002	16.017,30	64.069,10	6.051,80
2004	16.714,50	66.857,90	8.143,40
2006	17.551,10	70.204,50	10.653,40

(Einkommen in Euro brutto, berechnet auf Basis des Tariflohnindex, Statistik Austria)
Betrug die Differenz zwischen den beiden Einkommen vor 10 Jahren 42.000 Euro jährlich, waren es im Vorjahr bereits 52.653,40 Euro, um 10.653,40 Euro mehr!

GEDEMÜTIGT, ISOLIERT, VERARMT

Arbeitslose – w

Sie fühlen sich als Almosenempfänger, auf Ge- deih und Verderb den Behörden ausgeliefert, und so werden sie auch behandelt. Arbeitslose erzählen.

Haben Sie Urlaub?", vor dieser Frage hatte Isabel a S.* Angst, denn sie wollte nicht als Sozialschmarotzerin dastehen.

Jahrelang war sie als Chefsekretärin in der Baubranche tätig gewesen. Dann machte ihr Chef dicht. Frau S. war 45 Jahre alt, als sie arbeitslos wurde. Bei Vorstellungsgesprächen hieß es, sie sei „überqualifiziert“ oder schlichtweg zu alt. „Einmal“, so erinnert sich Frau S., „kam ich für eine Tätigkeit als Sekretärin unter 100 Bewerberinnen in die engste Wahl. Ich musste sogar - zum ersten Mal in meinem Leben - eine Aufnahmeprüfung machen. Der Chef versicherte mir, ich

sei seine Wunschkandidatin. Doch dann ließ er die Katze aus dem Sack: 6000 Schilling (umgerechnet 436 Euro) war er bereit, monatlich zu bezahlen. Von diesem Betrag hätte ich nicht einmal die Miete von 513 Euro bezahlen können, geschweige denn leben!“

Mehrere Jahre lang konnte Frau S. keine Arbeit finden. Sie erkrankte immer wieder schwer. Von der Arbeitslosenunterstützung blieben ihr nach Abzug der Fixkosten gerade einmal 30 Euro zum Leben. „Oft wusste ich nicht, was ich essen sollte. Ich kaufte Nudeln und Reis und ernährte mich hauptsächlich davon. Um Abwechslung zu haben, aß ich oft geröstete Brösel. Und ich habe mich so für meine Situation geschämt“, gesteht Frau S. „Einmal sperrte mir das AMS mit einer fadenscheinigen Begründung die Bezüge. Erst nach einer Intervention an höherer Stelle



Wenn es um Kündigungen geht, sind Leiharbeiter die ersten Opfer.